„Eine Stimmung wie in Santiago"

SPIEGEL-Korrespondent Jürgen Leinemann über Washington und Watergate

Für Augenblicke starren sie mit verschlossenen Gesichtern in die ewig flackernde Flamme auf der granitgrauen Grabstätte John F. Kennedys — Hunderte amerikanischer Touristen jeden Tag, Tausende am Wochenende, Millionen in einem Jahr.

Wenn sie sich dann umwenden, blikken sie auf Washington, die Bundeshauptstadt der Vereinigten Staaten von Amerika, im Jahre 1800 vom Kongreß und einer Regierung mit 130 Angestellten bezogen, inzwischen eine Metropole mit fast drei Millionen Menschen.

Hier oben, auf den grünen Hügeln des Arlingtoner Heldenfriedhofs, wurde am 25. November 1963 mit dem ermordeten Präsidenten zugleich der optimistische, ungebrochene Teil des amerikanischen Selbstverständnisses zu Grabe getragen. Die Nation — damals im

Hauptstadt-Gegner Nixon, US-Hauptstadt Washington, Kennedy-Familienangehörige in Arlington: Disneyland oder Symbol für Macht und

Schock — erkannte es nicht. Die Hauptstadt Washington wurde ungeliebtes Symbol von Fehlschlägen und Fehlhaltungen.

Der dumpfe Trommelschlag, der den Trauerzug begleitete, hallte nach wie das Echo einer Kette von Unheil, die nicht abgerissen ist. Normalität ist seither Fiktion in Washington, Richard Nixon der dritte Präsident in zehn Jahren, der die maximale Amtszeit von acht Jahren wohl nicht zu Ende bringen wird.

Der Blick vom Kennedy-Grab über den Potomac verbirgt das eher, er suggeriert — hinter weiten Parkanlagen — ungebrochen Monumentales: Amerikas Größe in Stein.

Nur die Entfernung lindert die „Arroganz der Macht" (Senator Fulbright) von Denkmälern und Regierungsgebäuden.

Die Peinlichkeit imitierter Antike, die Brutalität nachempfundener Imperien von Mazedoniens Alexander bis zu Roms Mussolini erscheinen als unausgeglichenes architektonisches Zeremoniell einer jungen Weltmacht.

Schwer lagert die Kuppel des Capitols über der Stadt, wuchtig der Säulenbau zu Ehren Abraham Lincolns, zierlich dagegen das Jefferson Memorial. Und dann rechts das Pentagon, links der Watergate-Komplex — die Szene Washington liegt klar ausgebreitet: Größe und Versagen einer Staatsidee.

Für viele der Washington-Touristen sind die Bauten Besucherziele, die abgeklappert werden müssen wie Disneyland. Für andere aber sind sie Symbol für die Macht, den Patriotismus und die Demokratie Amerikas.

Viele Amerikaner schließlich sehen Washington nicht mehr als Teil des normalen amerikanischen Lebens an, sondern als bestürzenden Brennpunkt widerstrebender Emotionen, die das Land auseinanderreißen: im besten Fall Museum, im ungünstigsten Fall Alptraum, vor allem aber ein politisches Spiegel-Kabinett, in dem alles zu groß oder zu klein erscheint.

Washington ist Krisen-Hauptstadt geworden; für viele Amerikaner eine Hauptstadt, in der Krisen nicht verhindert, sondern gemacht werden — eine Hauptstadt der Hysterie und der Korruption, eine Watergate-Hauptstadt.

Der Stadtplan enthüllt historische Ironie: Washington ist „square", ein Quadrat von ursprünglich zehn Meilen Länge und zehn Meilen Breite. „Square" freilich meint im amerikanischen Sprachgebrauch nicht nur Geometrisches. Es ist zu einem Wort mit weitschwingenden psychologischen Untertönen geworden. Ordentlich heißt es etwa und ehrlich, schlicht, anständig. Aber auch (und zunehmend) steif, formell, naiv, spießig.

Washington war immer so „square" wie die Bürger des Landes — so ehrlich und so spießig wie das Amerika des vergangenen Jahrhunderts. Zentrum, in dem jedermann damit beschäftigt ist, „für die Vereinigten Staaten mit dem Rest der Welt oder für den Rest der Welt mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln" (so Stewart Alsop), wurde Washington erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Noch 1938 gab es erst 18 Botschaften in der amerikanischen Bundeshauptstadt.

Alsbald aber kam aus Washington — potenziert — die Überzeugung, daß dieses Land mit allen Schwierigkeiten

fertig werden könne. Der missionarische Eifer einer jungen, mächtigen Nation bürokratisierte sich in seiner Metropole, und nicht die Missionen, sondern die Bürokraten sind heute ihr Markenzeichen.

Im Land freilich mangelt es an der Bereitschaft, für diese eingebildete Mission auch einzustehen. Doch als der Verdacht aufkam, Amerika habe dabei versagt, würde der Gedanke verdrängt. Ihn kampflos zu akzeptieren, wäre unamerikanisch gewesen.

Dem Amerikaner nämlich, so der Ex-Europäer Henry Kissinger, „fehlt der Sinn für Tragödie". Tragödie aber siedelte sich in Washington an. Sie wurde gespeist von dem allgemeinen Mißverständnis, daß Anspruch und Opfer einander lückenlos ergänzten, daß guter Wille allein — verbunden mit guten Geschäften — auch Erfolg garantierten.

Amerikas Hauptstadt, von keinem namhaften Schriftsteller einer dramatischen oder tragisch vertieften Darstellung gewürdigt, wurde plötzlich — in den sechziger Jahren — Romanobjekt.

Patriotismus Amerikas?

Und den Autoren Washingtoner Polit-Romane fiel allerhand ein: ein militärischer Staatsstreich, ein Monarch im Weißen Haus, Inhaftierung von Journalisten in Irrenhäusern. Allen Drury, der mit seinem Roman „Advise and Consent" die Schwemme der schwarzmalenden Romane einleitete, schrieb in einem Vorwort: „Dieser Roman ist keine Vorhersage auf das, was geschehen *wird*, er ist eine Vorhersage auf das, was geschehen *könnte*, wenn bestimmte Haltungen und Tendenzen in Amerika unkorrigiert ihren logischen Schlußfolgerungen entgegengehen."

Das schien übertrieben — bis zum Beginn dieses Jahres, als die Watergate-Wirklichkeit jeden Roman übertraf.

„Impeachment" des Präsidenten, seine Absetzung durch den Kongreß, ist jetzt eine Möglichkeit, für die das sparsame Parlament des Landes eine Million Dollar zur Verfügung gestellt hat.

Militärputsch war in aller Munde, als Richard Nixon über Nacht die Streitkräfte der Vereinigten Staaten für einen möglichen Konflikt mit der Sowjet-Union alarmierte.

Und in der Nacht der Absetzung des Watergate-Anklägers Archibald Cox berichteten die Fernsehgesellschaften im Stil eines erfolgreichen Attentats auf die Republik. „Die Stimmung hier ist wie in Santiago", so verglich ein Reporter die Besetzung des Büros von Cox mit dem Umsturz in Chile. Ein Staatsanwalt murmelte bitter: „Ich lese jetzt alles noch mal nach, was ich über den Reichstagsbrand weiß."

Watergate übertraf alles, was sich die Autoren der Washingtoner Schauergeschichten in den sechziger Jahren ausgedacht hatten. Niemand hatte gewagt, eine Figur wie Martha Mitchell zu erfinden oder Gordon Liddy oder Spiro Agnew oder so makellose Demokraten wie Archibald Cox und Elliot Richardson.

Wem wäre ein Außenminister eingefallen wie Henry Kissinger, der um die Welt hetzt und immer noch Zeit hat, sich in der ausgetrockneten Atmosphäre der Bundeshauptstadt als Sexsymbol-Ersatz zu verkaufen?

Wer hätte gewagt, in einem Roman den obskuren Milliardär Howard Hughes mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in Verbindung zu bringen?

Und wer in Hollywood wäre nicht gefeuert worden, hätte er sich ein so absurdes Paar wie Haldeman und Ehrlichman als „Berliner Mauer" im Weißen Haus ausgedacht?

„Alles dieses hätte in einem Roman nicht passieren können", glaubt Richard Strout, einer der ältesten Reporter in Washington. Aber es ist geschehen, und es geschieht noch immer.

Tonbänder verschwinden oder sind verstümmelt. Eine Krise wird durch schnellen Alarm der US-Streitkräfte zum drohenden atomaren Konflikt. Irgendwann um 11.30 Uhr nach den Worten des Verteidigungsministers, „kurz nach 12 Uhr" nach der Darstellung des Präsidenten, und um drei Uhr nachts dem Außenminister zufolge, eskalierte die Spannung mit Moskau. Wann genau? Weshalb? Notwendigerweise?

Die Tatsachen fehlen. Die Regierung bringt sie nicht, die Presse ist auf Mutmaßungen angewiesen und druckt sie auch. Noch nie war die Stimmung in Washington so gereizt und nervös wie in diesen Tagen. Pressekonferenzen geraten zu Redeschlachten. Der Ton ist böse.

In der amerikanischen Bundeshauptstadt ist Politik erster und nahezu ausschließlicher Interessenpunkt — so wie Autos in Detroit, Filme in Hollywood und Versicherungen in Hartford, Connecticut. In Washington werden Kennedy-Büsten verkauft wie andernorts Mickymaus-Figuren.

Hauptstadt-Berühmtheit Kissinger*
Wem wäre so ein Minister eingefallen?

350 000 Washingtoner stehen auf den Gehaltslisten der Bundesregierung, 15 000 arbeiten auf dem Capitol, 2500 Journalisten schreiben in Washington über Politik, 2500 Lobbyisten versuchen sie zu beeinflussen. Über all dieses berichten 2000 akkreditierte Diplomaten von 120 Botschaften an ihre Regierungen, unterstützt von 2500 ausländischen Angestellten.

Rechnet man Gewerkschaftsfunktionäre und Bankiers, Beamte der Weltbank und unabhängige Forschungsinstitutionen hinzu, dann ahnt man, wie sich die Interessen hier ballen. Zwar wissen viele vieles, aber wenige alles. Nervosität, Zynismus und Unsicherheit brechen sich Bahn in Gerüchten.

Eine Stadt, in der auf 100 Bürger 120 Telephone kommen, lag sich in den vergangenen Wochen in den Ohren mit den letzten Vermutungen — die immer basierten auf „Kreisen" und „Quellen", gut unterrichtet und wohl informiert, die immer irgendwem nahestehen.

Nixon werde zurücktreten, hieß es da. Oder Nixon werde nicht zurücktreten. Oder die Börse in New York werde schließen, oder aber Tricia Cox, geborene Nixon, werde sich von ihrem Mann trennen.

„Diese Stadt hat in den letzten Wochen wahrscheinlich einen größeren Stromstoß von politischer und öffentlicher Leidenschaft erlebt als zu irgendeiner anderen Zeit im 20. Jahrhundert", schrieb Roderick MacLiesh im „Christian Science Monitor".

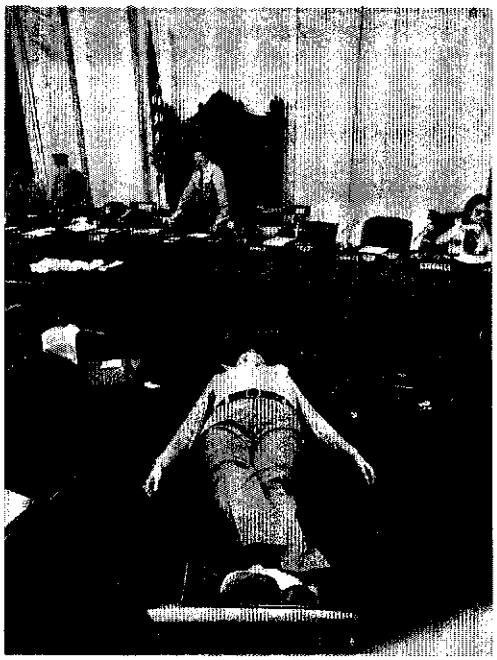
Der Schock trifft ein Establishment, das keine Berühmtheiten außer politischen duldet. In Kissingers Stammlokal

* Mit der Schauspielerin Jill St. John.

„Sans Souci" etwa ist der Chef der Rolling Stones, Mick Jagger, nichts, nie gehört. „Keine Reservierung, keine Krawatte", beschied „Sans Souci"-Maître d'hôtel de Lisle den Musiker.

Jeb Magruder dagegen, ehemaliger Stabschef des Komitees zur Wiederwahl des Präsidenten, der einem Meineidsprozeß entgegensieht, konnte nach wie vor mit einer Reservierung im „Sans Souci" rechnen. Er gehört noch immer dazu.

Der Präsident mochte Washington von Anfang an so wenig wie Washington ihn. Er verläßt die Stadt, die zu fast drei Vierteln von Schwarzen bewohnt, aber noch vom weißen Kongreß regiert wird, wann er eben kann.



Watergate-Ausschuß*
Politik und Paranoia

Nur jede dritte Nacht hat der Präsident in den fünf Jahren seiner Amtszeit im Weißen Haus verbracht. Wenn er und seine Mitarbeiter von ihren vielen Ausflügen zu Nixons Feriensitzen in San Clemente, Kalifornien, oder Key Biscayne, Florida, zurückkehrten, nannten sie das Weiße Haus in Washington entweder San-Clemente-Ost oder Key-Biscayne-Nord.

Das Weiße Haus wurde zur Festung, Journalisten betrachten sich als Fachleute für Paranoia, Volksvertreter als Spezialisten für Watergate.

Da ist das Büro des Sonderanklägers, einst Archibald Cox, jetzt Leon Jaworski, im neunten Stockwerk des Bürogebäudes 1425 in der K Street. Richter John Sirica verhandelt im zweiten Stockwerk des Gerichtsgebäudes an der 3. Straße. Im Rayburn Building des Repräsentantenhauses untersucht der Justizausschuß die Voraussetzungen für eine Absetzung des Präsidenten.

Dann sind da noch das Senate Watergate Committee, das Senate Post Office und das Civil Service Committee, das gleich drei Aspekte der Affäre in Unterausschüssen bearbeitet: Wahlrechtsreform, Gewaltenteilung und Verfassungsfragen. Im Repräsentantenhaus prüfte der Justizausschuß den Agnew-Nachfolger Gerald Ford. Der Bewilligungsausschuß brütet ebenfalls über Watergate-Zusammenhänge.

Und im State Department wie im Pentagon, in den Ressorts Post, Handel, Finanzen und Landwirtschaft dreht sich alles um Watergate oder was damit zusammenhängt. Die Fachjournalisten aller dieser Ministerien produzieren täglich Dutzende aufregender Meldungen.

Aber nicht mehr als eine wilde Geschichte kann an einem Tag Schlagzeilen machen. „Mein Sender will keine Nachrichten mehr von mir", beklagte sich ein CBS-Fernsehreporter, „er will nur noch historische Ereignisse."

Doch historische Ereignisse sind, wenn sie noch das Land bewegen, in Washington längst von gestern. Die Hemden mit dem Bild des Senators Sam Ervin vergilben schon in den Regalen. Die Poster mit den Fingerabdrücken Richard Nixons, auf denen der Präsident als Haupttäter in der Watergate-Affäre gesucht wird, flattern zerknittert im Wind.

Beständig ist nur die Ratlosigkeit. Die US-Bürger starren in diesen Tagen auf ihre Bundeshauptstadt und hoffen, daß vielleicht doch alles nicht so schlimm war.

Schnelle Entscheidungen waren nie Sache dieser Hauptstadt, die Wahl des Ortes ein Kompromiß zwischen den Nord- und Südstaaten. Kompromiß ist der Kernpunkt des amerikanischen Systems. So heißt es denn heute, man brauche handfeste Beweise gegen den Präsidenten — obschon der Verdacht wächst, das alles Beweismaterial in den Händen des Beschuldigten ist und dort verschwindet.

Kaum jemanden in Washington überrascht das. Richard Nixon ist in den Augen vieler Bürger seiner Hauptstadt ein eher smarter Angeklagter, dessen Geschicklichkeit mancher beneidenswert findet. Zum erstenmal breitet sich, vor allem in den Schwarzenvierteln der Stadt, so etwas wie Bewunderung für ihn aus.

Die neueste Phase seines Gegenangriffs in der Watergate-Affäre nennt der Präsident „Aktion Freimut". Die aber besteht darin, daß er sehr freimütig verspricht, alsbald freimütig zu sein und Licht in das Dunkel zu bringen.

Aber auch in Amerikas Hauptstadt ist es dunkler geworden, und nicht nur dank Watergate. Der Kongreß wird nur noch mit halber Kraft beleuchtet, das Weiße Haus strahlt so weiß nicht mehr: Die Energiekrise verschafft Amerika ein weiteres Symbol. Auf der Suche nach Führerschaft tappt das Land durch die Finsternis.

* Während einer Sitzungspause.

KUBA

Noch nicht reif

Ungestümer als in irgendeinem anderen Land sollte in Kuba die kommunistische Zukunftsgesellschaft verwirklicht werden. Jetzt hat Fidel Castro diese Utopie aufgegeben.

Die Show im „Tropicana"-Nachtklub von Havana glänzt noch wie einst, als US-Touristen in weißen Dinnerjackets sich dort amüsierten.

Doch im Parkett genießen jetzt kubanische Fabrikarbeiter und Behördenangestellte Musik, Tanz und ungewohnte Tafelfreuden, zum Sonderpreis von zehn Mark inklusive einem Bier. 800 Plätze hat Kubas Gewerkschaftsbund an Wochenenden jeweils reserviert: als Belohnung für verdiente Werktätige.

Denn nicht sozialistisches Bewußtsein allein, sondern mehr Lust und Lohn sollen die Kubaner künftig zu größerem Fleiß anspornen. Wo Kubas Castro bislang das Ideal des Neuen Menschen predigte, der — als Gleicher unter Gleichen — aus eigener Einsicht zum Wohle aller handelt, will er nun fehlende revolutionäre Moral durch materielle Anreize ersetzen.

Das Geld, das der Máximo Líder ganz abschaffen wollte, soll wieder Wertmaßstab der Leistung sein. Während Castro bislang stets das kommunistische Verteilungsideal — „jedem nach seinen Bedürfnissen" — pries, soll fortan „jeder nach seiner Leistung" entlohnt werden. Denn dieses Prinzip, so verkündete der Kuba-Premier im November vor 2200 Gewerkschaftern, sei

Kuba-Premier Castro
Lust und Lohn

„eines der unerbittlichen Gesetze beim Aufbau des Sozialismus".

Mit dieser dialektischen Kehrtwendung sagte er sich von sozialistischen Utopien los: Ungestümer als Lenin, hatte Castro in einem Jahrzehnt schaffen wollen, was den Sowjets auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht gelungen ist — den Sprung in den Kommunismus. Doch „unser Volk", so